

Eine verantwortungsvoll streitende Politik ist für Weber die einzige Möglichkeit, in der neuen Welt der modernen bürgerlichen Gesellschaft Kontingenzbewusstsein zu erhalten, verschiedene Gestaltungsmöglichkeiten dauerhaft zu zeigen und daran gleichzeitig nicht zu zerbrechen oder sich darin zu verlieren. Die hohen Ansprüche an die leitenden politischen Personen gelten ihm dabei als Gewährleistung dafür, dass diese dabei keine Luftschlösser bauen und die moderne Gesellschaft nun im Streit anstatt bürokratisch erstarrt. Diese Form elitärer Politik ist für Weber also nicht nur die Bedingung von Kontingenzbewusstsein, sondern soll auch Ausdruck davon sein. Gestaltungsanspruch bedeutet noch keine tatsächliche Gestaltung, nur wer die Widersprüche der Kontingenz aushalten kann, ist zur Politik berufen.

Weber geht es nicht um eine gute oder harmonische Politik. Eine solche ist in seinen Augen nicht möglich. In einer kontingenten gesellschaftlichen Entwicklung kann dann nur sinnvoll gestaltet werden, wenn die leitenden politischen Personen in der Lage dazu sind, wiederholt von Maximalpositionen abzurücken, Realpolitik zu betreiben und also Kompromisse zu finden. Wie Maurizio Ferrera bemerkt, dient nicht nur die Verantwortungsethik, sondern auch die Notwendigkeit, die liberalen Freiheiten zu erhalten als Begrenzung von Politik als Kampf unterschiedlicher Vorstellungen. Außerdem bestehen Grenzen in der Struktur der plebiszitären Führerdemokratie, Parlamentarismus und politisch verantwortlich agierende Parteien, als Grundbedingung des politischen Kampfes zu erhalten.¹³⁴

Deutlich geworden ist bisher, dass Webers Theorie der plebiszitären Führerdemokratie tatsächlich eine Theorie elitärer Politik ist. Nicht alle Menschen sollen sich der politischen Gestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung verschreiben, sondern diejenigen, die charakterlich dafür geeignet sind und aus einem parlamentarischen Ausleseprozess kommen. Aber auch das Parlament selbst, von Weber in seiner Bedeutung als sehr wesentlich betont, ist Ausdruck dieser elitären Politik. Im Parlament sitzen Vertreter des Volkes. Durch das Prinzip der Repräsentation bilden die Parlamentarier, im Vergleich zur Gesamtgesellschaft, selbst eine kleine Zahl. Webers elitäre politische Theorie der plebiszitären Führerdemokratie ist damit ganz deutlich eine Form der parlamentarischen Demokratie.

11.3 Elitäre Politik in der plebiszitären Führerdemokratie

In diesem Abschnitt soll dargelegt werden, wie die plebiszitäre Führerdemokratie insgesamt unter den irreversiblen Bedingungen der modernen bürgerlichen Gesellschaft funktioniert. Wie gestaltet sich die gesellschaftliche Situation, aus der ein starkes Parlament und starke Parteien sowie, unter den Bedingungen der unwiderruflichen Massendemokratie, universellen Bürokratisierung und den Anforderungen des rationalen Betriebskapitalismus elitäre, verantwortungsbewusste, politisch leidenschaftliche und charismatische Personen an die Macht kommen? Alle vorherigen Aussagen über das Parlament, die Parteien und die Eigenschaften der politischen Führungsperson sind

134 Vgl. Maurizio Ferrera: »Objectivity, Political Order, and Responsibility in Max Weber's Thought«, in: *Critical Review* 30 (2018), S. 256ff.

Voraussetzungen für die Beantwortung dieser Frage. Sie haben das Areal abgesteckt. Wie kommen nun charismatische Personen an die Macht und wie wird institutionell vorgebeugt, dass nicht im gleichen Maße die Gefahr der Degeneration zu einer »sterilen Diktatur«¹³⁵ steigt?

Parteien und Parlamenten, sind für Weber, wie bereits erläutert wurde, die zentralen politischen Institutionen in einer Massendemokratie. Erst bei der Betrachtung des politischen Systems der plebiszitären Führerdemokratie zeigen sich auch Rückwirkungen dessen auf die politischen Parteien und das Parlament.

Zwei Fragen sind also von entscheidender Bedeutung: Wie gestatten Parteien »in einer voll entwickelten Massendemokratie denn überhaupt Führernaturen den Aufstieg?« – und: »Sind sie imstande, neue Ideen überhaupt zu rezipieren?«¹³⁶

Eine Partei, »deren Existenz auf die Teilnahme an der *Macht und Verantwortung im Staate*« beruht, muss sich »den Leuten mit Führereigenschaften«¹³⁷ unterordnen, sich diesen ganz und gar auszuliefern. Die Bedingungen von Massenwahlrecht und Webers Vorstellungen einer plebiszitären Führerdemokratie, in der die oberste politische Stelle per Wahl vergeben wird, lassen die bürokratisierten Parteien sich politischen Führungspersönlichkeiten und deren politischen Erfolg. Alle »Rädchen« der Parteimaschine sind sich bewusst, dass ihr Schicksal und ihre Interessen an dieser Person hängen. Sie sind

»infolge des »cäsaristischen« Zugs der Massendemokratie gezwungen, sich wirklichen politischen Temperamenten und Begabungen als Führern zu fügen, sobald diese sich imstande zeigen, das Vertrauen der Massen zu gewinnen«¹³⁸.

Die Ausrichtung der Parteien auf plebiszitäre Führungspersönlichkeiten sorgt dafür, dass sich der gesamte Parteiparat »entseelt« oder »geistig proletarisiert«.¹³⁹ Doch diese aus heutiger Sicht negativ klingenden Folgen sind laut Weber überhaupt die Grundbedingungen jeder Partei, als politische Institution in der plebiszitären Führerdemokratie und Gewähr des Aufstiegs von leidenschaftlichen Führungspersonen. Als an dem Ziel der Macht ausgerichteter Apparat, muss die Partei der designierten politischen Führungsperson »blind gehorchen« und darf nicht gestört sein durch »Honoratioreneitelkeit und Präntention eigener Ansichten«.¹⁴⁰

135 W. J. Mommsen, Universalgeschichtliches und politisches Denken (1974b), S. 136.

136 M. Weber, Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland (1984), S. 547.

137 Ebd., S. 483. Dazu auch G. Schmidt (1964), S. 267.

138 M. Weber, Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland (1984), S. 547f.

139 M. Weber, Politik als Beruf (1992), S. 223f; M. Weber, Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland (1984), S. 538f.

140 Ebd.

Stefan Breuer untersucht in einem Beitrag die möglicherweise in Webers Parteienanalyse liegende Verbindung von Moderne und Gewalt durch totalitäre oder faschistische Parteien, die nach Stefan Breuer dafür zentrale idealtypische Analyseinstrumente bereithält. Vgl. Stefan Breuer: »Max Webers Parteiensoziologie und das Problem des Faschismus«, in: Gert Albert/Agathe Bienfait/Steffen Sigmund et al. (Hg.), Das Weber-Paradigma. Studien zur Weiterentwicklung von Max Webers Forschungsprogramm, Tübingen 2003, S. 352ff.

Demokratische Parteien als »Rahmen-« oder »Integrationsparteien« weichen hier sicherlich ab. Immer noch lesenswert dazu Sigmund Neumann: Die Parteien in der Weimarer Republik, Stuttgart 1973; Maurice Duverger: Die politischen Parteien, Tübingen 1959. Aktuellere Literatur dazu Mar-

Eine relativ kleine Anzahl an Personen muss, um sich ihre auf Freiwilligkeit beruhende Gefolgschaft zu organisieren, Wahlkampf betreiben. Eine öffentliche Führerschaft und Gefolgschaft sind damit die aktiven Elemente der freien Werbung um Gefolgschaft einerseits. Andererseits ist die dadurch angesprochene Wählerschaft das notwendige passive (bis auf den Akt der Wahl) Lebenselement jeder Partei.¹⁴¹

Die »cäsaristische« Führungsperson ist daher auf den gut funktionierenden Parteiapparat angewiesen. Der Apparat ist es, der den notwendigen Massenwahlkampf ausführt und die Mittel aufbringt sowie effizient verwaltet. Daher ist diese »cäsaristische« Person aber auch eine, die »mindestens ideell, in der Masse der Fälle aber materiell, den politischen Betrieb innerhalb einer Partei zum Inhalt [ihrer] Existenz macht«¹⁴². Die gesamte Partei ist auf den Massenwahlkampf ausgerichtet, und durch die Interessenverschmelzung von Parteiapparat und politischer Führungsperson ist die parteiinterne Bürokratie gezähmt. Damit bekommen die Parteien neben dem Parlament auch eine entscheidende Funktion für die Auswahl politischer Führungsfiguren. Nur diejenigen, die den Parteiapparat hinter sich vereinigen können beziehungsweise nur Parteien, die es schaffen, sich hinter einer Führungsperson zu sammeln, können auch im Parlament und im Wahlkampf erfolgreich sein. Daher bedeutet »die Schaffung solcher *Maschinen* [Herv. FB] [...], mit anderen Worten, den Einzug der plebiszitären Demokratie«¹⁴³. Die Parteien, als Maschinen oder Wahlkampfapparate erhalten damit eine insofern einmalige Bedeutung im Vergleich zu anderen Elementen der plebiszitären Führerdemokratie, weil sie sowohl im Regierungs- oder Staatsbereich als auch im gesellschaftlichen Bereich verwurzelt sind: Als freiwillige Interessengemeinschaften, die sich auch nach den Interessen ausrichten, sind sie sozusagen in der Gesellschaft beheimatet; als Gemeinschaften, deren leitende Personen in politisch verantwortliche Stellen kommen, sind sie Teil der Regierungs- und Staatsgewalt. Diese Zwischenposition ermöglicht ihnen, über das Parlament als Austragungsort, Gesellschaft und Staat zu integrieren, ohne dass es dafür eines zusätzlichen dauerhaften ausbalancierenden Schiedsrichters bedarf. Sie bringen damit das, was ist, zusammen mit den verschiedenen Vorstellungen dem, wie es sein könnte und verhandeln darüber miteinander im Parlament.¹⁴⁴

Entscheidend dafür ist aber auch ein machtvolles Parlament, welches als politische Institution nicht mehr wegzudenken oder zu beseitigen ist¹⁴⁵ und welches eine starke Position in Webers Reflexion einnimmt. Im sogenannten »Volksstaat«¹⁴⁶ ist das Parla-

tin Morlok/Thomas Poguntke/Ewgenij Sokolov: Parteienstaat – Parteiendemokratie, Baden-Baden 2018.

141 Vgl. M. Weber, Politik als Beruf (1992), S. 196f; M. Weber, Die rationale Staatsanstalt und die modernen politischen Parteien und Verbände (Staatssoziologie) (1985), S. 840f.

142 M. Weber, Die rationale Staatsanstalt und die modernen politischen Parteien und Verbände (Staatssoziologie) (1985), S. 859; M. Weber, Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland (1984), S. 533.

143 M. Weber, Politik als Beruf (1992), S. 204; M. Weber, Die rationale Staatsanstalt und die modernen politischen Parteien und Verbände (Staatssoziologie) (1985), S. 843.

144 Vgl. G. Schmidt (1964), S. 283ff.

145 Vgl. M. Weber, Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland (1984), S. 474.

146 M. Weber, Die rationale Staatsanstalt und die modernen politischen Parteien und Verbände (Staatssoziologie) (1985), S. 851; M. Weber, Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland (1984), S. 473f.

ment ein die Politik mitbestimmendes und kein auf Kritik und Beschwerde festgelegtes Organ, wie im Obrigkeitsstaat. Enqueterecht und eine vitale Ausschusskultur sind dabei nicht nur Mittel der direkten parlamentarischen Kontrolle, und zwar sowohl der Verwaltung als auch der politisch verantwortlichen Führungsperson gegenüber, sondern Weber sieht in ihnen vor allem auch demokratische Instrumente, die über die Zeit eine erzieherische Wirkung auf die Gesellschaft ausüben und damit einen bildnerischen Prozess auslösen. Denn Weber ist sich einer zunehmend auch politisch informierten Öffentlichkeit durchaus bewusst. Durch die Presse wird die öffentliche Meinung ein immer wichtigerer Fakt in der politischen Auseinandersetzung.¹⁴⁷ Daher betont Weber auch die erzieherische und moderierende Rolle der parlamentarischen Auseinandersetzung zwischen Berufspolitikern.¹⁴⁸ Durch die Rückbindung ihrer Politik an Realpolitik, also durch Bezug auf die Verantwortungsethik, sollen die Debatten allerdings pragmatisch und lösungsorientiert geführt werden, Emotionen hingegen keine Rolle spielen.

Das Ziel ist, wie bereits erwähnt, eine politisch reife Gesellschaft, die nicht nur die Bürokratie, sondern auch die starke politisch verantwortliche Führungsfigur mitkontrollieren kann. Dies kann als die eigentliche Funktion der politischen Reife gesehen werden, denn um weitestgehende Beteiligung an der politischen Gestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung ging es Weber ja nicht. Grundlage dessen ist ein Parlament, welches »*parlamentarische Verwaltungskontrolle*« ausübt; wo die Führer der maßgeblichen Parlamentsparteien also »positiv beziehungsweise aktiv an der Politik der Regierung« beteiligt sind.¹⁴⁹ Das Parlament ist der entscheidende Raum, wenn es darum geht, in die Kontingenz hinein politisch zu gestalten. Im Parlament müssen verschiedene Gestaltungsvorstellungen, also Kontingenz gezeigt, politische Kompromisse ausgehandelt und damit die Bürokratie dauerhaft einer politischen Führung unterworfen werden. Die leitenden politischen Personen sind innerhalb starker Parlamente in einen Rahmen gestellt, sich in »konventionell fest geregelte[r] Teilnahme an den Komiteearbeiten des Parlaments [...] zu schulen und sich dort zu bewähren«¹⁵⁰. Dies bietet für Weber eine starke Gewähr dafür, dass diese »cäsaristischen« Personen

»sich den festen Rechtsformen des Staatslebens einfügen und daß sie nicht rein emotional, als lediglich nach den im üblen Sinne des Worts »demagogischen« Qualitäten, ausgelesen werden«¹⁵¹.

147 Vgl. Cristiana Senigaglia: »Parliament and public opinion in Max Weber's analysis«, in: *Parliaments, Estates and Representation* 36 (2016), S. 196ff.

148 Vgl. Kari Palonen: »Max Weber, Parliamentarism and the Rhetorical Culture of Politics«, in: *Max Weber Studies* 4 (2004), S. 273ff.

149 Vgl. M. Weber, *Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland* (1984), S. 473f.

150 Ebd., S. 549.

151 Ebd. Dazu auch G. Schmidt (1964), S. 249f. Insofern ist die Rückbindung der Demagogie an die Verantwortungsethik durchaus eine Temperierung der grundsätzlichen Gefahr der Verführung der Massen, die in jeder Demagogie besteht. Generell zur Umwertung der Demagogie in Webers politischem Denken Marcus Llanque: *Demokratisches Denken im Krieg*, Berlin 2000, 252ff. Gregor Fitzi hingegen bemerkt, dass Weber wenig, bis gar nicht auf eine starke rechtsstaatliche Einhegung dieser Personen eingeht. Vgl. G. Fitzi (2004), S. 281f.

Deutlich wird hier die wichtige Kontrollfunktion, die Weber dem Parlament der politischen Führungsperson beimisst.

Die charismatischen politischen Führungsfiguren kämpfen mithilfe ihrer demagogischen Fähigkeiten (im antiken Wortsinn) um die Gefolgschaft innerhalb der Massendemokratien.¹⁵² Diesen Kampf führen sie unter Einsatz ihrer ihnen ergebenden Parteiapparate.¹⁵³ Das Parlament bildet dabei in Webers Bild den Ort, an dem sich die politischen Führungspersonen in der Sachdebatte und in den Regeln des Parlamentarismus schulen sowie sich der Gefolgschaft der eigenen Partei vergewissern. Das Parlament ist damit neben der Partei der Ort der Ertüchtigung der politischen Führungspersonen.¹⁵⁴ Potenzielle Führungspersonen arbeiten darin in Ausschüssen und sammeln Erfahrungen. Diese binden ihre politischen Gestaltungsprogramme zurück an die politische Realität und verhindern das Entwerfen von Luftschlössern. Innerhalb des Parlamentes gewinnen die zur Politik Berufenen Vertrauen, aber dadurch, dass die Tätigkeit der politischen Führungspersonen immer auch öffentlich ist, sammeln sie zusätzlich auch Prestige in der Gesellschaft.¹⁵⁵ Gleichwohl hat die politische Führungsperson eine doppelte Verantwortlichkeit, einmal gegenüber dem Parlament und einmal gegenüber den wählenden Massen. Obschon Weber die Gegensätzlichkeit beider durchaus erkennt, hält er beide für gleich wichtig. Die plebiszitäre Führerdemokratie ist für Weber das zwangsläufige Korrektiv der sich aus der unveränderbaren und notwendigen Bürokratisierung ergebenden Gefahr der Erstarrung der bürgerlichen Gesellschaft. Die Rückbindung des ›cäsaristischen‹ Einschlages an das Parlament und die parlamentarische Kultur sind dabei abermals eine parlamentarische Gewähr für die Kontrollierbarkeit

152 Näheres zu den ›antiken‹ Wurzeln auch von Webers Konzept des Cäsarismus etwa bei Gustav Schmidt: *Deutscher Historismus und der Übergang zur parlamentarischen Demokratie*, Hamburg 1964.

153 Wolfgang Mommsen weist darauf, dass sich dieses Element in Webers Verständnis nicht »bruchlos« mit der klassischen Idee von Demokratie verträgt. Denn gemäß dieser soll politische Führung eigentlich im Einklang mit einem mindestens vorstellbaren Mehrheitswillen geschehen. Webers Idee ist allerdings die völlige Ungebundenheit der politischen Führungsfigur auch von einem Mehrheitswillen, nachdem diese ins Amt gekommen ist. Sie stellt sich zwar allein mit ihrer Überzeugung zur Wahl und sucht nach der Mehrheit, ist sie aber einmal in Amt und Würden, dürfen diese Überzeugungen die notwendige Realpolitik aber nicht hindern. W. J. Mommsen, *Zum Begriff der ›plebiszitären Führerdemokratie‹* (1974b), S. 49.

Es geht hierbei auch um mehr als um die Frage des imperativen oder freien Mandats, weil der Bezugspunkt nicht ein Abgeordneter von einigen hundert ist, sondern die leitende politische Person. Gerade das insofern ›freie‹ Mandat einer plebiszitär bestimmten, obersten politisch verantwortlichen Person, eröffnet dieser große Freiheiten, birgt aber auch Gefahren. Wahrscheinlich genau aus dieser Einsicht will Weber diese Figuren so stark mit einer inneren Verantwortungsethik ausgestattet sehen, da eine solche mindestens in Teilen eine Rückbindung bedeutet.

154 In Wolfgang Mommsens Verständnis fällt es damit gegenüber den Parteien in der Bedeutung zurück, bleibt aber Kontroll- und Regulierungsorgan sowie auch ›Schule‹ dieser charismatischen Persönlichkeiten. Vgl. ebd., S. 61. Allerdings scheint er hier über das Ziel hinaus zu schießen, denn das Parlament hat als Ausleseort, als Ort von Koalitions- und Regierungsbildung, sowie als potenziell mit einem Abberufungsrecht gegenüber dem Präsidenten ausgestatteten Akteur in Webers Denken eine sehr große und auch machtpolitische Bedeutung.

155 Vgl. G. Schmidt (1964), S. 249.

sowie im Extremfall auch für die Absetzbarkeit. Außerdem lässt sich das Charisma dadurch auch politisch verstetigen.¹⁵⁶ Der Volksstaat der plebiszitären Führerdemokratie wird damit in Webers Denken zum Gegenbegriff des Obrigkeitsstaats.

Die politischen Führungspersönlichkeiten schaffen es durch die Generierung von Anhängerschaften, welche ihre Ideale inkorporieren und sich zu eigen machen, durch ihre politischen Programme und unter Anwendung (partei-)bürokratischer Mittel des Erlangens, der Stabilisierung und Ausübung von Macht, die allgemeine Bürokratie zu domestizieren.¹⁵⁷ Es ist dies die Erfüllung des eigentlichen »Wesens aller Politik«, das nach Weber nur in der plebiszitären Führerdemokratie vollumfänglich zur Geltung kommen kann.

Denn[für den modernen Politiker [...] ist der Kampf im Parlament und für die Partei im Lande die gegebene Palästra, die durch nichts anderes – am wenigsten durch die Konkurrenz um Avancement – gleichwertig zu ersetzen ist. Natürlich nur in einem Parlament und für eine Partei, deren Führer die *Macht* im Staate erwirbt«¹⁵⁸.

Generell ist Weber das Apolitische ein Dorn im Auge.¹⁵⁹ Gerade in der erstarrten Gestaltungsmöglichkeiten und dem Erlöschen von Kontingenzbewusstsein der gesellschaftlichen Entwicklung bestand ja Webers maßgebliche Kritik. Daher ist elitäre Politik der Kern Weber Vision einer modernen Gesellschaft sicherlich auch ein Ausdruck Webers »heimlicher Liebe«¹⁶⁰ für die Politik, wie er sie in einem Brief an Mina Tobler einmal gestand. Ein Mangel an Politik ist Ausdruck bürokratischer Verkrustung. Will die moderne Gesellschaft also nicht im bürokratischen Korsett erstarren, sondern ihre Entwicklung bewusst fluide und offen halten sowie Gestaltungsfreiheit bewahren, ist sie auf Politik angewiesen, obschon jede Politik laut Weber ohne das Versprechen auf Glückseligkeit, Gerechtigkeit oder Frieden einhergeht. Politik ist so verstanden völlig frei von jeder Normativität; sie ist vielmehr selbst eine Notwendigkeit¹⁶¹, darüber hinaus ein notwendig *dauerhaftes* Instrument¹⁶² und immer mit Kampf oder Auseinandersetzung verbunden. Da es keine singuläre Entscheidungs- oder Orientierungshilfe mehr gibt, kann zwischen den verschiedenen, kontingenten Möglichkeiten nur politisch entschieden werden.

Es gibt für Weber nur zwei Alternativen: »Führerdemokratie mit »Maschine« oder führerlose Demokratie«¹⁶³. Verwaltete Mittelmäßigkeit und Eingeschränktheit auf der

156 Vgl. D. Herzog, 1966, S. 240.

157 Vgl. W. J. Mommsen, Einleitung (1974b), S. 16.

158 M. Weber, Die rationale Staatsanstalt und die modernen politischen Parteien und Verbände (Staatssoziologie) (1985), S. 852; M. Weber, Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland (1984), S. 482f.

159 Vgl. K. Palonen, 1999, S. 345; K. Palonen (1998), S. 59.

160 Zitiert nach »Einleitung«, in: Wolfgang J. Mommsen (Hg.), MWG I/16, Tübingen 1988, S. 1ff, hier S. 19.

161 Vgl. P. Lassman, The rule of man over man: politics, power and legitimation (2000), S. 84.

162 Vgl. Joseph Schwartz: The Permanence of the Political, Princeton 1995. Dazu auch P. Lassman, The rule of man over man: politics, power and legitimation (2000), S. 84.

163 M. Weber, Politik als Beruf (1992), S. 224; M. Weber, Die rationale Staatsanstalt und die modernen politischen Parteien und Verbände (Staatssoziologie) (1985), S. 850. Für Sheldon Wolin ist Weber derjenige, der den Kontrast von Organisation der Massen und kreativer Individualität am stärksten

einen oder politische Gestaltung und die Möglichkeiten zu außergewöhnlichen Erfolgen auf der anderen Seite.¹⁶⁴ Die Stärke der plebiszitären Führerdemokratie ist in Webers Augen die geeignete Reaktion auf das von ihm befürchtete und teils bereits beobachtbare Problem einer apolitischen Gesellschaft, einer mächtigen Bürokratie, schwacher Parteien und eines schwachen Parlamentes. Dies ist der Hintergrund, vor dem die plebiszitäre Führerdemokratie bewertet werden muss.¹⁶⁵ Die Bürokratie kann wohl politisch eingehegt sein, aber nicht mehr eliminiert werden, denn selbst ein solcher Versuch müsste selbst nach bürokratischen Regeln passieren.¹⁶⁶ Das ist die Besonderheit Webers Vision. In ihr erscheinen einzelne Bestandteile wieder, die zugleich Bestandteil dessen sind, was er kritisiert.

Politik bleibt allerdings für Weber immer eine Sache einer gesellschaftlichen Elite. Auch unter den Bedingungen, dass die politische Führungspersonlichkeit direkt gewählt wird, ändert sich der grundlegende elitäre Charakter Webers plebiszitärer Führerdemokratie und an dem Bild der politischen Führungsperson als fast schon epischer Held nicht viel. Entsprechend kommt Weber auf diese Weise tatsächlich dem nahe, was Peter Bachrach später als »democratic elitism«¹⁶⁷ bezeichnet. Die in Webers Ausführungen erkennbare Vorstellung der politischen Führungsperson ist tatsächlich nahezu eine Heldenvorstellung, denn es ist eine Person, die alle anderen in bestimmten Eigenschaften überragt und letztlich (sicherlich mit anderen institutionellen Vorkehrungen) gerade aufgrund dieser Eigenschaften die »Rettung« der Gesellschaft vor der bürokratischen Verkrustung besorgt.

In Webers Wahrnehmung der historischen Umstände, insbesondere denen in Deutschland, sind Bürokratisierung und Demokratisierung, obschon beide ausdrücklich »moderne« Phänomene sind, in »historisch bedingte Gegenpositionen«¹⁶⁸ geraten. Sie müssen daher in einen Ausgleich, in einen Kompromiss miteinander gebracht werden, worin sich letztlich sowohl implizit seine Festlegung auf die Bürokratie als auch auf den Tatbestand der Massendemokratie findet. Die plebiszitäre Führerdemokratie charakterisiert sich daher maßgeblich dadurch, dass darin immer entgegengesetzte Prinzipien miteinander ausbalanciert werden. Es ist immer ein »Sowohl-als-Auch«. Etwa: ein politischer Held auf der einen und die Bürokratie auf der anderen Seite. Der Person des politischen Helden oder den Personen der Elite steht die unpersönliche Verwaltung gegenüber. Oder in den Worten Wolfgang Schluchters: »Demokratie und

gezeichnet hat. Dieser Kontrast drückt sich in der Vorstellung der plebiszitären Führerdemokratie am deutlichsten aus. Vgl. S. S. Wolin (2016), S. 379.

164 Vgl. R. Boesche, Weber: The Inevitability of Bureaucratic Domination (1996), S. 376f.

165 Vgl. S. Eliaeson, Constitutional Caesarism (2000), S. 135. Spannend ist Wolfgang Mommsens Verweis auf die »Ironie« in Webers Denken bezüglich der plebiszitären Führerdemokratie: Weber versuche sein Meinung nach nämlich mithilfe eines cäsaristischen (insofern durchaus schwierig mit dem klassischen Liberalismus vereinbaren) Herrschaftssystems das Objekt des klassischen Liberalismus: die individuelle Freiheit gegenüber den Entwicklungen der Moderne, namentlich der Bürokratie, des modernen Kapitalismus sowie den daher drohenden Erstarrungstendenzen zu verteidigen. Vgl. W. J. Mommsen, Zum Begriff der »plebiszitären Führerdemokratie« (1974b), S. 69.

166 Vgl. R. Boesche, Weber: The Inevitability of Bureaucratic Domination (1996), S. 379.

167 Peter Bachrach: Die Theorie demokratischer Elitenherrschaft, Frankfurt a.M. 1970. Dazu auch Dazu auch S. S. Wolin (2016), S. 379f.

168 G. Schmidt (1964), S. 228.

Bürokratie sind Gegenmächte, die nur, wenn sie gegeneinander organisiert sind, füreinander arbeiten können.«¹⁶⁹ Denn: »Totale bürokratische Herrschaft ist möglich, darf aber nicht sein, totale demokratische Herrschaft darf sein, ist aber nicht möglich. Was uns bleibt, ist die bürokratische Demokratie«¹⁷⁰. In der charismatischen-demokratischen Herrschaft (also der herrschaftsfremden Umdeutung) erkennt er »in allen Dingen [...] das gerade Gegenteil der bürokratischen«¹⁷¹ Herrschaft. Die Verbindungsstücke sind dabei ein starkes Parlament, starke Parteien und ein direkt gewähltes Staatsoberhaupt.

Webers Vorstellung einer politischen Elite und eines elitären politischen Handelns sind demokratisch, denn die Eliten beziehen ihre Macht aus einer demokratischen Wahl, sind Mitglieder von demokratischen Parteien und eines Parlamentes. Auch die präsidiale Figur, worin Webers Vorstellung politischen Führertums gipfelt, ist zunächst *primus inter pares* in der plebiszitären Führerdemokratie. Dabei thematisiert Weber aber letztlich immer nur punktuelle politische Aktivitäten der Gesellschaft, namentlich die Wahl; andererseits ist nämlich eine breitere politische Beteiligung der Massen für ihn meist gleichbedeutend mit schlechter, weil emotionsgesteuerter Politik, mit chaotischen Verhältnissen oder mit Disziplinlosigkeit der Massen. Die plebiszitäre Demokratie braucht keine dauerhaft politisch aktive Gesellschaft, sondern nur ein dauerhaft politisch aktives und aktiviertes Parlament, und zwar als Gegenkraft zur plebiszitär legitimierten Führungsperson.¹⁷² Allerdings sollte Weber auch nicht demokratiekritisch¹⁷³ überinterpretiert werden, bezeugt er doch dem demokratischen Wahlakt eine ganz eigene Einzigartigkeit und einen hohen Stellenwert:

169 W. Schluchter (1979), S. 103.

170 Ebd., S. 118. Dazu auch C. Schönberger, Max Webers Demokratie: Utopisches Gegenprinzip zur bürokratischen Herrschaft (2016), S. 164.; Regina F. Titunik: »Democracy, Domination and Legitimacy in Max Weber's Political Thought«, in: Charles Camic/Philip S. Gorski/David M. Trubek (Hg.), Max Weber's *Economy and Society*. A Critical Companion, Stanford 2005, S. 143ff, hier S. 146.; G. Schmidt (1964), S. 243ff.

171 M. Weber, Charismatismus (2005), S. 463.

172 Insofern ist Webers Position gegenüber der öffentlichen Gewalt oder Volkssouveränität im Konzept der plebiszitären Führerdemokratie spannend. Vielfach wird dieses Konzept als keine wirkliche Demokratietheorie wahrgenommen, aufgrund einer fehlenden positiven Erklärung zur Volkssouveränität. Dazu etwa Jeffrey E. Green: »Max Weber and the Reinvention of Popular Power«, in: Max Weber Studies 8 (2008), S. 187ff.

173 Obschon etwa Wolfgang Mommsen früh darauf hinwies, dass Weber mit dem Konzept der plebiszitären Führerdemokratie etwa »das deutsche Volk zur Akklamation eines Führers, und insofern auch Adolf Hitlers, innerlich willig« gemacht haben könnte, ist später beim selben Autor diesbezüglich eine relativierende Aussage zu lesen: Weber habe durchaus versucht, mit der »einseitigen und in mancher Hinsicht kopflastigen Konstruktion der plebiszitären Führerdemokratie« gleichwohl das Motiv einer möglichen Erhaltung einer freiheitlichen Ordnung in einer tendenziell der Versteinerung der Macht entgegenstehenden Welt« zu formulieren. Vgl. W. J. Mommsen (1974a), S. 437.; Wolfgang J. Mommsen: »Politik im Vorfeld der ›Hörigkeit der Zukunft‹. Politische Aspekte der Herrschaftssoziologie Max Webers«, in: Wolfgang J. Mommsen/Edith Hanke (Hg.), Max Webers »Herrschaftssoziologie«, Tübingen 2001, S. 303ff, hier S. 318.

Wolfgang Mommsen nähert sich damit der Position etwa Stefan Breuers an, für den Webers »Konzept der plebiszitären Führerdemokratie nicht [Herv. FB] in einer Kontinuität mit dem Nationalsozialismus steht, sondern im Gegenteil den – wie auch immer problematischen – Versuch darstellt,

»Gegenüber der nivellierenden unentrinnbaren Herrschaft der Bürokratie [...] ist das Machtmittel des Wahlzettels nun einmal das *einzigste*, was den ihr Unterworfenen ein Minimum von Mitbestimmungsrecht über die Angelegenheiten jener Gemeinschaft [...] überhaupt in die Hand geben kann.«¹⁷⁴

Weber hat durchaus ein Gespür für eine Gewaltenteilung zwischen dem Parlament und der plebiszitären Führungsperson. Das Parlament verliert angesichts der zentralen Stellung der Führungsperson keineswegs an Wert oder wird gar reine »Schaubühne«.¹⁷⁵

die charismatischen Tendenzen der modernen Massendemokratie zu domestizieren.« S. Breuer (1994), S. 145.

Günther Schmidt sieht in Webers Plädoyer für die plebiszitäre Führerdemokratie nur einen Aufschub, nicht aber eine Abkehr von der repräsentativen Demokratie. Demnach wolle Weber angesichts der Schwäche der Parteien und des Parlamentes der stärker werdenden Bürokratie eine ausreichend starke Figur entgegensetzen, welche das Parlament und die Parteien notfalls dazu drängen kann, sich ihren originären Aufgaben von Regierungsbildung und Verwaltungskontrolle zuzuwenden. Es wäre dies dann ein Übergang, »ohne daß inzwischen die von der Gegenwart aufgeworfenen Übergangsprobleme die Staatsordnung in Mitleidenschaft« gezogen würde. G. Schmidt (1964), S. 273.

Kritisch am Konzept der plebiszitären Führerdemokratie ist sicherlich, dass die Grenze zwischen der demokratischen und der autoritären Form keine harte ist, obgleich Stefan Breuer durchaus Distinktionsmerkmale notiert, etwa die »demokratische Investitur, das Fehlen einer wie auch immer gearteten organisierten Bewegung, das bejahende Verhältnis zu den bürokratischen Staatsapparaten.« S. Breuer (1994), S. 184. Stefan Breuer betont geradezu, dass Webers Demokratielehre durchaus Gedanken um institutionell gesicherte Gegenkräfte, -gewichte und Schranken gegenüber der starken Regierung enthält. Vgl. ders., 2006, S. 125f.

Allerdings muss dennoch konstatiert werden, dass diese Grenze von vielerlei weichen Faktoren abhängt, und an sich nicht institutionell gesichert ist. Auch beim Blick auf die organisierte Bewegung wird deutlich, wie labil diese Unterscheidung ist. In dem gänzlich auf die charismatische Führungspersonlichkeit zugeschnittenen Parteiapparat ist schon so etwas gegeben, wie eine organisierte Bewegung. Ferner unterliegt Webers Konzeption einem sehr tiefgehenden Vertrauen in die politisch verantwortliche Führungsperson, welche vielleicht sogar grundsätzlich einen übermäßigen Anspruch statuiert. Letztlich ist sie die einzige zentrale Gewähr gegen den potenziellen Machtmissbrauch dieser Person.

Webers Konzept der plebiszitären Führerdemokratie droht so schnell zu etwas nebenbei Gesagtem zu werden, zu einem *obiter dicta*, wie Christoph Schönberger es ausdrückt. C. Schönberger, Max Webers Demokratie: Utopisches Gegenprinzip zur bürokratischen Herrschaft (2016), S. 161.

Die Kritik an Weber und seiner speziellen Demokratielehre, insbesondere der plebiszitären Führerdemokratie, würde hier zu viel Platz einnehmen. Verwiesen sei daher etwa auf Vgl. S. Breuer (2006), 112, Fn. 2. Auch Andreas Anter geht auf diese Debatte ein. Vgl. A. Anter (2014), 93, Fn. 205. Auch lesenswert hinsichtlich Webers Bedeutung für Carl Schmitt ist Pedro T. Magalhães: »A Contingent Affinity: Max Weber, Carl Schmitt, and the Challenge of Modern Politics«, in: Journal of the History of Ideas, 77 (2016), S. 283ff.

174 M. Weber, Wahlrecht und Demokratie in Deutschland (1984), S. 372.

175 Die Rolle des Parlamentes darf in Webers demokratischen Denken nicht unterschätzt werden. Insgesamt jedoch bewertet Manfred Schmidt die von Weber erdachte Architektonik des politischen Systems der plebiszitären Führerdemokratie als potenziell sehr störanfällig. Auch sei vielleicht die generelle Durchsetzungsfähigkeit der Führerdemokratie von Weber überschätzt worden. Vgl. ders., Demokratietheorien (2000), S. 196f.

Allerdings mag Manfred Schmidt hier etwas übersehen, was Otto Hintze schon 1926 bezüglich Webers »politischer Theorie« anzeigte: »Dabei erscheint dann der staatliche Anstaltsbetrieb selbst

Es sorgt vielmehr für eine stetige politische Herrschaft und Kontrolle. Ferner sichert es die rechtsstaatlichen Freiheiten, auch gegen die Führungsperson. Es bildet den Raum einer geordneten politischen Bewährung potenzieller Führungspersonen und sichert eine friedliche Form der Ausschaltung der Herrschaft der Führungsperson, wenn diese das Vertrauen der Massen verliert.¹⁷⁶ Weber begegnet allen, die anhand seiner Vorstellung der modernen bürgerlichen Gesellschaft, wehmütig an die alte monarchische Ordnung zurückdenken:

»Möchten doch angesichts dessen diejenigen, welche in steter Angst davor leben, es könnte in Zukunft in der Welt zu viel ›Demokratie‹ und ›Individualismus‹ geben und zu wenig ›Autorität‹, ›Aristokratie‹ und ›Schätzung des Amtes‹ oder dergleichen, sich endlich beruhigen: es ist, nur allzusehr, dafür gesorgt, daß die Bäume des demokratischen Individualismus nicht bis in den Himmel wachsen.«¹⁷⁷

Die plebiszitäre Führerdemokratie ist dennoch, selbst unter der Maßgabe der Wahl der obersten Person, eine sehr personengebundene oder personenorientierte und weniger eine demokratische Herrschaft im engeren oder ursprünglichen Sinn. Selbst die Wahl ist mehr eine Akklamation im Sinne der »Anerkennung der rein persönlichen Führereigenschaften des siegenden Politikers«¹⁷⁸. Die Überwindung der Totalität der Beamtenherrschaft sowie der Ausbruch aus der bürokratischen Erstarrung ist bedingt durch die Aufstellung und Stärkung einer charismatischen Führerpersönlichkeit, gegen dessen Abdriften in wiederum totalitäre Bahnen Weber die Rolle des Parlamentes stärkt und einen hohen verantwortungsethischen Anspruch an die leitende Person formuliert. Die Qualität der Politik wird somit aber auch weitgehend abhängig von der Haltung dieser führenden Person. Diese ist es, worauf er »setzte, um die Krise der modernen Politik zu lösen«¹⁷⁹, die sich aus der Bürokratisierung der Politik ergeben hat.

Diese politische Ordnungsform und darin die charismatisch-cäsaristische politische Führungsfigur lässt sich mit Robert Eden als die »charismatic domination for a disenchantet public world«¹⁸⁰ bezeichnen. Es ist Webers institutionenbezogene und auf die ›Universalgeschichte der Rationalisierung‹ sowie deren Folgen im politisch-institutionellen Rahmen reflektierte Vision. Durch die politische gesicherte Aufrechterhaltung des Kontingenzbewusstseins wird trotz voranschreitender Rationalisierung oder Entzauberung die Zukunft der gesellschaftlichen Entwicklung immer wieder als offen und

mit seiner alles in ihr Räderwerk hineinziehenden Bürokratie als das wesentliche Hauptstück seiner politischen Theorie; die Lehre von den Staatsformen als der Art, wie die Regierungsgewalten konstituiert und bestellt werden, tritt dagegen in den Hintergrund des soziologischen Interesses; sie erscheint gleichsam nur als äußere Fassade des politischen Bauwerkes.« Vgl. Otto Hintze: »Max Webers Soziologie«, in: Otto Hintze (Hg.), *Gesammelte Abhandlungen*. Bd. 2, Göttingen 1964, S. 135ff.

176 Vgl. M. Weber, *Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland* (1984), S. 540.

177 M. Weber, *Zur Lage der bürgerlichen Demokratie in Rußland* (1989), S. 270.

178 Reinhard Bendix: *Max Weber*, New York 1960, S. 441; W. J. Mommsen, *Zum Begriff der ›plebiszitären Führerdemokratie‹* (1974b), S. 62.

179 G. Fitzi (2004), S. 281f.

180 Robert Eden: »Doing without Liberalism: Weber's Regime Politics«, in: *Political Theory* 10 (1982), S. 379ff, hier S. 397.

kontingent gezeigt. Genau das ist es, was die Gestaltungsfreiheit mit sich bringt. Diese Freiheit bedeutet große Verantwortung, wie gezeigt wurde, und dieser Verantwortung sieht Weber eben nicht die Masse, sondern nur einige wenige und besonders charismatische Personen gewachsen.

Wolfgang Mommsen bringt es auf folgende Formel: »Möglichst viel Freiheit durch möglichst viel Herrschaft.«¹⁸¹ Zu ergänzen wäre hieran nur, dass es um möglichst viel *politische* Herrschaft geht, denn zu viel bürokratische und unpolitische Herrschaft war ja gerade ein Kern in Webers Sorge. Gestaltungsfreiheit kann es für Weber nur innerhalb von Herrschaftszusammenhängen geben. In der plebiszitären Führerdemokratie erscheint das Maximum an universeller Beteiligung und demokratischer Legitimität, was Weber sich angesichts der modernen Bedingungen vorstellen kann. Das macht ihn zu einem »Demokraten besonderer Art«¹⁸², wie Edward Shils es formuliert. Das drückt Webers ambivalente Position zwischen Skepsis von demokratischer »Volksherrschaft« und dem Starkreden des demokratischen Parlamentarismus aus. Die Rationalisierung und ihre Folgen werden darin nicht zurückgedreht oder überwunden. Webers Vorstellung der plebiszitären Führerdemokratie ließe sich mit den Worten von Dietrich Herzog und das Bisherige zusammenfassend als »Soziologie des Parlamentes und der politischen Parteien«¹⁸³ bezeichnen. Nur in dem in der plebiszitären Führerdemokratie liegenden charismatischen Element und der parlamentarischen Debatte sieht Weber Kräfte, die in der Lage sind, der Entwicklung der Gesellschaft von Berufsmenschen und unter den Bedingungen der irreversiblen Bürokratisierungstendenzen Kontingenz und Gestaltungsbewusstsein aufrechtzuerhalten. Sie bewahrt in Webers Augen die Gesellschaft als offene Gesellschaft, welche fortlaufend dynamisch und innovierend,

181 W. J. Mommsen, Universalgeschichtliches und politisches Denken (1974b), S. 138.

182 Edward Shils: »Max Weber und die Welt seit 1920«, in: Wolfgang J. Mommsen/Wolfgang Schwentker (Hg.), Max Weber und seine Zeitgenossen, Zürich 1988, S. 743ff, hier S. 765.

Weber gehört daher »zu den sehr wenigen Personen, die, aus einem national-liberalen bürgerlichen Hause kommend, ein demokratisches System befürworteten, zu den Parteien eine kritische, aber systematisch eine positive Einstellung einnahmen, denen am Parlamentarismus und seinem kraftvollen Funktionieren wesentlich gelegen war, und deren dauernde Sorge sich auf die Ausbildung einer kraft- und verantwortungsvollen politischen Führung, nicht einer bloßen Verwaltung der Politik richtete.« Vgl. Christian Gneuss/Jürgen Kocka: Max Weber, München 1998, S. 25.

Webers Ansinnen mit der (plebiszitären Führer-)Demokratie ist die Gewährleistung einer politischen Herrschaft von herausragenden politischen Persönlichkeiten. Insofern sei ihm laut Wolfgang Mommsen die Demokratie »letzten Endes nur ein Mittel«. W. J. Mommsen, Universalgeschichtliches und politisches Denken (1974b), S. 142. Wolfgang Mommsen betont, dass Weber vor allem anderen aus Zweckmäßigkeitserwägungen für die parlamentarische Demokratie optiert; er ist daher »Vernunftdemokrat« und nicht etwa dem »Willen des Volkes« verschrieben. Vgl. W. J. Mommsen (Hg.) (1974b), S. 46.

Die Demokratie gilt Weber daher mehr als Technik und weniger als normativ »besseres« System. Vgl. Wilhelm Hennis: »Zum Problem der deutschen Staatsanschauung«, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 5 (1959), 19ff.

Webers Überzeugung entspreche damit dem zeitgenössischen positivistischen Denken, sagt Arnold Brecht: Politische Theorie, Tübingen 1961, 6ff.

183 D. Herzog, 1966, S. 236. Zur Bedeutung von Parlamentarismus und Parteien in der Massendemokratie bei Weber etwa S. Eliaeson, Constitutional Caesarism (2000), S. 140f.

sich selbst sowie die eigene Entwicklung reflektieren und im Bedarfsfall korrigieren kann.¹⁸⁴

Es ging Weber, so ließe sich vereinfacht formulieren, um die Vereinbarung moderner Tatsachen. Die elitäre Politik in Parlament und durch Führungspersonlichkeiten ist für Weber dabei die Kraft, welche – im übertragenen Sinne – die Tür in eine widersprüchliche, an Orientierungslosigkeit grenzende, sprich kontingente Welt dauerhaft geöffnet hält und der Gesellschaft ein Bewusstsein dafür erhält.¹⁸⁵ Die Politik kämpft um und mit verschiedenen Vorstellungen und stemmt sich damit gegen die Erstarrung, und zwar für die gesamte Gesellschaft. Darin zeigt sich auch Webers eigene Ambivalenz.¹⁸⁶ Für ihn gehören Widersprüche zur kontingenten Entwicklung der modernen Gesellschaft schlicht dazu und sind nicht zu eliminieren. Nach Gangolf Hübinger sind Widersprüche für Weber die »Signatur der Moderne« und das »historische Bewegungsprinzip«.¹⁸⁷ Gerade aus diesem Standpunkt heraus kritisiert Weber die bürokratische Erstarrung der Politik und die rationalistische Erstarrung der Individualität. Solange Politik es schafft diese aufrechtzuerhalten und immer wieder zu zeigen, schützt sie die bürgerliche Gesellschaft vor der rasch aufziehenden Gefahr des absoluten Stillstandes im stählernen Gehäuse. Weber will durch Politik einen dauerhaften Zugang zur kontingenten Entwicklung sicherstellen und Widersprüche politisch organisieren. Nur dadurch kommt der gesellschaftliche Fortschritt nicht in einer immer enger werdenden Bahn zum Erstarren.

184 Es ist der Versuch, »drei Fliegen mit einer Klappe« zu schlagen, wie Andreas Anter anführt. Vgl. A. Anter (2014), S. 92. Webers Zielstellung mit der plebiszitären Führerdemokratie ist, so ließe sich dies ausführen, erstens eine Demokratiestärkung, zweitens ein geeignetes institutionelles Gegengewicht zur Bürokratie und sichert drittens eine geeignete Auslese starker politischer Führungsfiguren.

185 Insofern ähneln sich Politik und Wissenschaft, denn beide können zu Weggabelungen führen, aber die Entscheidung, welchem Pfad dann gefolgt wird, bleibt in der neuen Welt eine individuelle Entscheidung. Dazu etwa R. Boesche, Weber: The Inevitability of Bureaucratic Domination (1996), S. 335ff.

186 Vgl. Wolfgang J. Mommsen: »The Antinomian Structure of Max Weber's Political Thought«, in: Current Perspectives in Social Theory 4 (1983), S. 289ff.

187 G. Hübinger, Max Weber und die »universalgeschichtlichen Probleme« der Moderne (2014), S. 224.

